



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 01.10.2014

Anwesend

Vorsitz

Michael Ebling

Verwaltung

Günter Beck
Christopher Sitte
Kurt Merkator
Karin Eder
Marianne Grosse

Stadtratsmitglieder

Baris Baglan
Andreas Behringer
Claus Berndroth
Katharina Binz
Marc-Antonin Bleicher
Dr. Barbara Both
Nurhayat Canpolat
Xander Dorn
Dr. Gerd Eckhardt
Nora Egler
Sabine Flegel
Henning Franz
Thomas Gerster
Alexandra Gill-Gers
Ursula Groden-Kranich, MdB
Klaus Hafner
Ansgar Helm-Becker
Waltraud Hingst
Dr. Brian Huck
Ruth Jaensch
Rahel-Katharina Jahn
Martin Kinzelbach
Johannes Klomann
Amin Kondakji
Martina Kracht
Antje Kuessner
Dr. Lars Kützing
Daniel Köbler, MdL
Sylvia Köbler-Gross
Thorsten Lange
Prof. Dr. Felix Leinen
Dr. Eckart Lensch
Sabine Littig

Dr. Eleonore Lossen-Geißler
Kurt Mehler
Dr. Christian Moerchel
Dr. Claudius Moseler
Thomas Neger
Anette Odenweller
Prof. Dr. Michael Pietsch
Dr. Christine Pohl
Jasper Proske
Wolfgang Reichel, MdL
Dr. Markus Reinbold
Uta Schmitt
Hannsgeorg Schöning
Milan Sell
Claudia Siebner
Norbert Solbach
Harald Strutz
Heinz-Werner Stumpf
Dr. Peter Tress
Christian Viering
Prof. Dr. Jürgen von Stuhr
Ute Wellstein
Sissi Westrich
Cornelia Willius-Senzer
Christine Zimmer

Schriftführung

Detlef Blessing

Entschuldigt fehlen

Walter Koppius
Karin Trautwein

Tagessordnung

a) öffentlich

TEIL I

82. Dringlichkeitsantrag "Geschäftsordnung für den Stadtrat, die Ausschüsse des Stadtrates, die Ortsbeiräte und die sonstigen Gremien der Landeshauptstadt Mainz" (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, ÖDP)

Anfragen

1. Schülerzahlen an den Mainzer Förderschulen (ÖDP)
2. Sozialbestattungen in Mainz (ÖDP)
3. ECE-Projekt – Veränderte Gegebenheiten (ÖDP)
4. Tierkörperbeseitigung (ÖDP)
5. Behindertengerechter Parkplatz auf dem Lerchenberg (ÖDP)
6. externe Rechtsberatung bei ECE-Verhandlungen (DIE LINKE)
7. Anfrage zum Zuschuss der Stadt Mainz für die MVG (Fraktion AfD/FW)
8. Anfrage zur Klärschlammverbrennungsanlage in Mombach (AfD/FW)
9. Verblasste Umweltplaketten (DIE LINKE)
10. Veränderung Mainzer Grundstücke nahe der Lesselallee (DIE LINKE)
11. Finanzierung Ersatzbrückenbauwerk Kreuz Mainz-Süd (A 60 über die A 63) (ÖDP)
12. Zukunft des Areals der „Housing Area“ an der Finther Landstraße (GRÜNE)
13. „FRA – Gateways to Europe“ – neue Kooperation zwischen der Fraport AG und der mainzplus CITYMARKETING GmbH (GRÜNE)
14. Altenauergasse (CDU)
15. Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts in Mainz (CDU)
16. Ausbreitung der Kirschessigfliege (CDU)
17. Kostenkontrolle (CDU)
18. Prepaid-Zahlung bei Strom (CDU)

19. Parkleitsystem (CDU)
20. Kosten Rechtsanwaltskanzlei Standvergabe Weihnachtsmarkt (CDU)
21. Zukunft der Bürgerhäuser (CDU)
22. Tempo 30 auf der Rheinstraße (CDU)
23. Geschwindigkeitskontrollen in der Stadt Mainz (CDU)
24. Tourismus in Mainz (FDP)
25. Fluglärmpausen über Mainz (FDP)
26. Fernwärmeversorgung auf dem Lerchenberg (ÖDP)
27. Schulbuchausleihe an den Mainzer Schulen (FDP)
28. Auswirkungen der Gema-Tarifreform (SPD)
29. Archäologische Grabungen in der Altenauergasse (SPD)
30. Übersichtstafel am Mainzer Hauptbahnhof (SPD)
31. Stadtteilbüchereien (SPD)
32. Fragestunde

Anträge

46. Doppelhaushaltsplan für die Jahre 2015/2016 (Verwaltungsentwurf)
 - 46.1. Stellenplan 2015/2016
33. Weiteres LudwigsstraßenForum (LUFO) (ÖDP)
 - 33.1. Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag „Weiteres LudwigsstraßenForum (LUFO)“ (1317/2014) der ÖDP-Stadtratsfraktion (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
34. Lasten-E-Bikes (ÖDP)
35. Reduzierung des Papieraufkommens für Ausschüsse (AfD/FW)
 - 35.1. Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag „Reduzierung des Papieraufkommens für Ausschüsse“ (1336/2014) der Stadtratsfraktion AfD/FW (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
36. Das Areal des Tennis- und Skiclub Mainz (TSC) auch zukünftig als Sport- und Freizeitgelände erhalten (Gemeinsamer Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)
37. Grün- und Freizeitflächen in der Stadt Mainz (CDU)
 - 37.1. Ergänzungsantrag zu CDU-Antrag 1339/2014 Grün- und Freizeitflächen in der Stadt Mainz (ÖDP)

- 38. gem. Antrag: Erarbeitung eines erweiterten Versorgungskonzepts für psychisch erkrankte Personen in Mainz (CDU, SPD, GRÜNE, FDP)
- 39. Möglichkeiten für Flüchtlinge und Asylbewerber am Arbeitsmarkt prüfen (CDU)
- 40. Fortführung der Schulsozialarbeit an Mainzer Grundschulen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
 - 40.1. Änderungsantrag zum Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Fortführung der Schulsozialarbeit an Mainzer Grundschulen“
- 72. Einwohnerfragestunde

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

- 41. Sachstandsberichte zu den Anträgen
- 42. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Mainz
 - 42.1. Gemeinsamer Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Verwaltungsvorlage „Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Mainz“ (1119/2014) (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, ÖDP)
- 43. Kommunale Datenzentrale Mainz (KDZ Mainz)
- 44. Neuaufstellung des Regionalplanes Rheinhessen-Nahe
- 45. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
- 47. Kommunaler Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)
- 48. Wirtschaftliche Beteiligungen
- 49. Kindertagesstätte Kinderwiese e. V.; Finanzierung nach dem Kindertagesstättengesetz Rheinland-Pfalz
- 50. Städtische Zuschüsse an freie Träger von Kindertagesstätten
- 51. Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für Fachraumausstattungen an Schulen im Jahr 2014
- 52. Fortführung der vertraglichen Regelungen für den Betrieb und die Organisation der Lenneberg Grund- und Realschule plus Budenheim/Mainz-Mombach
- 53. Neuausrichtung der städtischen Mietwohnraumförderung
- 54. Abschlussprüfung für das Wirtschaftsjahr 2013

55. Wirtschaftsplan 2015
56. Bestellung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des Wirtschaftsbetriebes Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts
57. Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz
58. Entwurf des Lärmaktionsplanes für die Stadt Mainz
59. Bebauungsplanverfahren "B 163" (Aufstellung, Planstufe I)
 - 59.1. Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 0420/2014 zur Stadtratssitzung am 01.10.2014 „Gutsschänke Weyer – VEP (B 163)“ (ÖDP)
60. FNP-Änderung Nr. 47 und Bebauungsplanverfahren "He 129" (Planstufe I)
61. Bauleitplanverfahren "Postareal westlich Hauptbahnhof (H 93)", Satzungsbeschluss
62. Bebauungsplanverfahren "Le 2" (erneute eingeschränkte Planstufe II)
63. FNP- Änderung Nr. 32 (Beschluss) und Bebauungsplan "He 117" (Satzungsbeschluss)
64. Rahmenplan "Heiligkreuz-Areal"
 - 64.1. Begleit- bzw. Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 1025/2014 "Rahmenplan Heiligkreuz-Areal" (CDU)
65. Veränderungssperre "O 63-VS/I" - Erste Verlängerung
66. Bebauungsplanverfahren "O 68" (Aufstellungsbeschluss)
67. Bauleitplanverfahren "F 91" (Planstufe II)
68. Wegebenennung in Mainz-Bretzenheim "Elise-Haas-Weg"
69. Kunst im öffentlichen Raum
70. Gebäudewirtschaft Mainz

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

71. Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
73. Anregungen der Ortsbeiräte

b) nicht öffentlich

74. Personalangelegenheiten
75. Überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von EUR 850.000,00 für höhere Tilgungsleistungen für Investitionsdarlehen der Stadt Mainz
76. Wirtschaftliche Beteiligungen
77. Bewerberaufruf Weihnachtsmarkt 2014
78. Grundstücksangelegenheiten
79. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz - Einrichtung einer weiteren Gemeinschaftsunterkunft in dem Gebäude Flachsmarkt 7, 55116 Mainz (Altstadt)
80. Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "Bahnflächen Mombacher Straße (H 95)"

c) öffentlich

81. FNP- Änderung Nr. 42 (Beschluss) und Bebauungsplan "H 95" (Satzungsbeschluss)

Der Vorsitzende eröffnet um 15.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Nachdem sich der Rat von seinen Sitzen erhoben hat, gedenkt der Vorsitzende des verstorbenen ehemaligen Ratsmitgliedes und Ortsvorstehers von Mainz-Hechtsheim, Herrn Franz Johann Veith.

Zur Tagesordnung wird mitgeteilt:

Von den Fraktionen CDU, SPD, *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, FDP und ÖDP wurde ein Dringlichkeitsantrag zur Verabschiedung einer neuen Geschäftsordnung eingereicht, der zu Beginn der Tagesordnung beraten und entschieden werden soll, so dass im Anschluss nach der neuen Geschäftsordnung auch verfahren werden kann. Sowohl für die Aufnahme dieses Antrages als auch die Beschlussfassung über die neue Geschäftsordnung bedarf es jeweils der 2/3-Mehrheit der Ratsmitglieder. Die Aufnahme wird mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen.

Die Punkte 76.1, 76.2, 76.6 und 76.8 im nichtöffentlichen Teil werden in den öffentlichen Teil vorgezogen. Die Behandlung erfolgt nach dem Tagesordnungspunkt 48.9. Die Mitglieder des Rates, die gleichzeitig Mitglieder der verschiedenen Aufsichtsräte sind, werden daran erinnert, dass bei den Tagesordnungspunkten, bei denen u. a. Entlastung der Aufsichtsräte erteilt werden soll, Befangenheit im Sinne des § 22 GemO vorliegt. Dies bedeutet, dass diese bei der Beratung und Entscheidung nicht mitwirken dürfen.

TOP 46 inkl. 46.1 soll zu Beginn der Antragsberatung (vor TOP 33) behandelt werden.

Folgende Vorlagen sind zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen:

TOP 46.1 Vorlage Nr. 1367/2014
TOP 71.1 Vorlage Nr. 0004/2014
TOP 78.3 Vorlage Nr. 1110/2014/1
TOP 80 Vorlage Nr. 1033/2014/1 (Neue Fassung)

Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge wurden zu den Tagesordnungspunkten 33, 35, 37, 40, 59 und 64 eingereicht.

Zu den Tagesordnungspunkten 38, 39 und 40 liegt jeweils eine neue Fassung vor.

Der Rat stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Da keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung vorliegen, erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

TEIL I

Punkt 82 **Dringlichkeitsantrag "Geschäftsordnung für den Stadtrat, die Ausschüsse des Stadtrates, die Ortsbeiräte und die sonstigen Gremien der Landeshauptstadt Mainz" (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, ÖDP)**
Vorlage: 1379/2014

Nach kurzer Begründung zur Dringlichkeit sowie zum Antrag wird dieser zunächst mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit als Tagesordnungspunkt 82 auf die Tagesordnung genommen.

Der Stadtrat stimmt sodann dem Antrag ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zu. Der Stadtrat legt weiterhin einstimmig fest, die Sitzung bereits nach dieser neuen Geschäftsordnung durchzuführen.

Anfragen

Punkt 1 **Schülerzahlen an den Mainzer Förderschulen (ÖDP)**
Vorlage: 1284/2014

Der Stadtrat nimmt von der Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator ohne Zusatzfragen Kenntnis.

Punkt 2 **Sozialbestattungen in Mainz (ÖDP)**
Vorlage: 1286/2014

Die Anfrage einschließlich zweier Zusatzfragen von Herrn Prof. Leinen wurden von Herrn Beigeordneten Sitte beantwortet.

Punkt 3 **ECE-Projekt – Veränderte Gegebenheiten (ÖDP)**
Vorlage: 1318/2014

Ohne Zusatzfragen wird die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 **Tierkörperbeseitigung (ÖDP)**
Vorlage: 1320/2014

Die Antwort von Frau Beigeordneter Eder liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 5 **Behindertengerechter Parkplatz auf dem Lerchenberg (ÖDP)**
Vorlage: 1324/2014

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort bittet Herr Dr. Moseler ergänzend, den Bordstein auch entsprechend zu korrigieren. Frau Eder wird hierzu einen Ortstermin mit der Ortsvorsteherin von Mainz-Lerchenberg vereinbaren.

Punkt 6 **externe Rechtsberatung bei ECE-Verhandlungen (DIE LINKE)**
Vorlage: 1328/2014

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

Punkt 7 **Anfrage zum Zuschuss der Stadt Mainz für die MVG (Fraktion AfD/FW)**
Vorlage: 1335/2014

Die vorgelegte Antwort von Herrn Bürgermeister Beck wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 **Anfrage zur Klärschlammverbrennungsanlage in Mombach (AfD/FW)**
Vorlage: 1337/2014

Die Anfrage wurde von Frau Beigeordneter Eder beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 9 **Verblasste Umweltplaketten (DIE LINKE)**
Vorlage: 1341/2014

Die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Frau Hingst werden von Frau Beigeordneter Eder beantwortet.

Punkt 10 **Veränderung Mainzer Grundstücke nahe der Lesselallee (DIE LINKE)**
Vorlage: 1342/2014

Die Antwort von Wirtschaftsdezernent Christopher Sitte liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 11 **Finanzierung Ersatzbrückenbauwerk Kreuz Mainz-Süd (A 60 über die A 63)**
(ÖDP)
Vorlage: 1345/2014

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

Punkt 12 **Zukunft des Areals der „Housing Area“ an der Finther Landstraße (GRÜNE)**
Vorlage: 1346/2014

Zu der vorgelegten Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 13 **„FRA – Gateways to Europe“ – neue Kooperation zwischen der Fraport AG**
und der mainzplus CITYMARKETING GmbH (GRÜNE)
Vorlage: 1347/2014

Zu der von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Antwort stellt Herr Sell die Zusatzfrage, inwieweit Fraport an dem Vertrag beteiligt sei. Herr Sitte werde die Antwort hierzu nachreichen.

Punkt 14 **Altenauergasse (CDU)**
Vorlage: 1348/2014

Zu der von Frau Beigeordneter Grosse vorgelegten Antwort stellt Herr Dr. Reinbold die Zusatzfrage, wie sichergestellt werde, dass die Grabungen fortgeführt würden. Die Antwort hierzu werde nachgereicht.

Punkt 15 **Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts in Mainz (CDU)**
Vorlage: 1349/2014

Die Anfrage einschließlich zweier Zusatzfragen von Herrn Reichel wurden von Frau Beigeordneter Eder beantwortet.

Punkt 16 **Ausbreitung der Kirschessigfliege (CDU)**
Vorlage: 1350/2014

Die Anfrage sowie zwei ergänzende Fragen von Frau Schmitt wurden von Frau Beigeordneter Eder mit dem Hinweis beantwortet, dass dieses Thema im nächsten Fachbeirat Naturschutz behandelt werde.

Punkt 17 **Kostenkontrolle (CDU)**
Vorlage: 1351/2014

Ohne Zusatzfragen wird die Antwort von Herrn Bürgermeister Beck zur Kenntnis genommen.

Punkt 18 **Prepaid-Zahlung bei Strom (CDU)**
Vorlage: 1352/2014

Zu der von Herrn Beigeordneten Merkator vorgelegten Antwort stellt Frau Siebner zwei Zusatzfragen, die ebenfalls beantwortet werden.

Punkt 19 **Parkleitsystem (CDU)**
Vorlage: 1353/2014

Die Anfrage und eine Zusatzfrage von Herrn Gerster wurden von Frau Beigeordneter Eder beantwortet.

Punkt 20 **Kosten Rechtsanwaltskanzlei Standvergabe Weihnachtsmarkt (CDU)**
Vorlage: 1354/2014

Zu der von Herrn Beigeordneten Sitte vorgelegten Antwort stellt Herr Schönig eine Zusatzfrage, die ebenfalls beantwortet wird.

Punkt 21 **Zukunft der Bürgerhäuser (CDU)**
Vorlage: 1355/2014

Zu den von Herrn Bürgermeister Beck vorgelegten Antworten werden seitens des Rates keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 22 **Tempo 30 auf der Rheinstraße (CDU)**
Vorlage: 1356/2014

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 23 **Geschwindigkeitskontrollen in der Stadt Mainz (CDU)**
Vorlage: 1357/2014

Auf Zusatzfrage von Herrn Gerster zu der vorgelegten Antwort, inwieweit die Bezeichnung Unfallschwerpunkt durch die Polizei näher erläutert werden könne, teilt Frau Beigeordnete Eder mit, dass sie dieses Thema im nächsten Verkehrsausschuss aufrufen und einen Vertreter der Polizei einladen werde.

Punkt 24 **Tourismus in Mainz (FDP)**
Vorlage: 1358/2014

Der Stadtrat nimmt von der Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte ohne Zusatzfragen Kenntnis.

Punkt 25 **Fluglärmpausen über Mainz (FDP)**
Vorlage: 1359/2014

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 26 **Fernwärmeversorgung auf dem Lerchenberg (ÖDP)**
Vorlage: 1360/2014

Die Anfrage sowie zwei Zusatzfragen von Herrn Dr. Moseler wurden von Frau Beigeordneter Eder beantwortet.

Punkt 27 **Schulbuchausleihe an den Mainzer Schulen (FDP)**
Vorlage: 1361/2014

Die Anfrage einschließlich einer Zusatzfrage von Frau Willius-Senzer wurde von Herrn Beigeordneten Merkator beantwortet.

Punkt 28 **Auswirkungen der Gema-Tarifreform (SPD)**
Vorlage: 1362/2014

Die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Frau Westrich wurden von Herrn Oberbürgermeister Ebling beantwortet.

Punkt 29 **Archäologische Grabungen in der Altenauergasse (SPD)**
Vorlage: 1363/2014

Zur vorliegenden Antwort stellt Frau Kracht die Zusatzfrage, in welchem Haushalt die Mittel für die Grabungen eingestellt werden. Hierzu teilt Herr Oberbürgermeister Ebling mit, dass diese Antwort nachgereicht wird.

Punkt 30 **Übersichtstafel am Mainzer Hauptbahnhof (SPD)**
Vorlage: 1364/2014

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

Punkt 31 **Stadtteilbüchereien (SPD)**
Vorlage: 1365/2014

Von der Antwort von Frau Beigeordneter Grosse nimmt der Stadtrat Kenntnis. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 32 **Fragestunde**

Es wurden keine Fragen eingereicht.

Punkt 46 **Doppelhaushaltsplan für die Jahre 2015/2016 (Verwaltungsentwurf)**
Vorlage: 0983/2014

Punkt 46.1 **Stellenplan 2015/2016**
Vorlage: 1367/2014

Der Stadtrat nimmt den Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2015/2016 einschließlich den Nachmeldelisten und dem Entwurf des Stellenplanes zu weiteren Beratungen entgegen.

Gegenstand der Beratung sind die Verwaltungsvorlagen vom 23. und 27.09.2014.

Anträge

Punkt 33 **Weiteres LudwigsstraßenForum (LUFO) (ÖDP)**
Vorlage: 1317/2014

Punkt 33.1 **Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag „Weiteres LudwigsstraßenForum (LUFO)“ (1317/2014) der ÖDP-Stadtratsfraktion (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 1317/2014/1

Herr Dr. Moseler begründet für die ÖDP-Fraktion den eingereichten Antrag. Der hierzu vorgelegte gemeinsame Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird von Herrn Dr. Lensch, Frau Köbler-Gross und Herrn Strutz begründet. Für die CDU-Fraktion nimmt Herr Dr. Eckhardt Stellung und signalisiert Zustimmung zum Änderungsantrag.

Nach kurzer Stellungnahme von Frau Beigeordneter Grosse stimmt der Stadtrat mit großer Mehrheit (bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung) dem gemeinsamen Änderungsantrag zu. Eine Abstimmung über den Ursprungsantrag ist nicht mehr erforderlich.

Punkt 34 **Lasten-E-Bikes (ÖDP)**
Vorlage: 1307/2014

Nach der Begründung des Antrages durch Herrn Prof. Leinen nehmen für die CDU Herr Gerster, für die SPD Herr Bleicher, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Helm-Becker und für die FDP Herr Strutz Stellung und erklären, dass dem Antrag nicht zugestimmt werden könne.

Nach einer Stellungnahme durch Herrn Oberbürgermeister Ebling, der darauf hinweist, dass seitens der Verwaltung immer alle Möglichkeiten überprüft würden, bittet Herr Dr. Moseler, seinen Antrag in den Haupt- und Personalausschuss zu überweisen.

Der Überweisungsantrag wird sodann bei sechs Ja-Stimmen gegen die übrigen Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Abstimmung in der Sache ergibt eine Ablehnung des Antrages bei drei Befürwortungen.

Punkt 35 **Reduzierung des Papieraufkommens für Ausschüsse (AfD/FW)**
Vorlage: 1336/2014

Punkt 35.1 **Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag „Reduzierung des Papieraufkommens für Ausschüsse“ (1336/2014) der Stadtratsfraktion AfD/FW (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 1336/2014/1

Ohne Aussprache beschließt der Stadtrat einstimmig – bei einer Enthaltung – den vorgelegten gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag ist somit obsolet.

Punkt 36 **Das Areal des Tennis- und Skiclub Mainz (TSC) auch zukünftig als Sport- und Freizeitgelände erhalten (Gemeinsamer Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)**
Vorlage: 1338/2014

Nach der Begründung des gemeinsamen Antrages durch Herrn Strutz für die FDP, Herrn Baglan für die SPD und Herrn Helm-Becker für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN signalisiert auch Herr Dr. Eckhardt für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Antrag.

Nach kurzer Stellungnahme von Herrn Bürgermeister Beck beschließt der Stadtrat einstimmig den vorgelegten Antrag.

Punkt 37 **Grün- und Freizeitflächen in der Stadt Mainz (CDU)**
Vorlage: 1339/2014

Punkt 37.1 **Ergänzungsantrag zu CDU-Antrag 1339/2014 Grün- und Freizeitflächen in der Stadt Mainz (ÖDP)**
Vorlage: 1339/2014/1

Der CDU-Antrag wird von Herrn Reichel, der Ergänzungsantrag der ÖDP von Herrn Dr. Moseler begründet. Im Verlauf der Stellungnahmen von Herrn Franz (SPD), Herrn Sell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herrn Strutz (FDP) wird Überweisung beider Anträge in den Grünausschuss beantragt.

Nach Stellungnahme von Frau Beigeordneter Eder werden die Anträge einstimmig – bei einer Enthaltung – in den Ausschuss für Grün, Umwelt und Gesundheit zur weiteren Beratung überwiesen.

Im Anschluss an die Abstimmung gibt Herr Dr. Eckhardt eine persönliche Erklärung ab.

Punkt 38 **gem. Antrag: Erarbeitung eines erweiterten Versorgungskonzepts für psychisch erkrankte Personen in Mainz (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 1340/2014/1

Nach der Begründung des gemeinsamen Antrages von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP durch Frau Jaensch, Herrn Dr. Moerchel, Herrn Dr. Lensch und Frau Willius-Senzer sowie einer Stellungnahme von Herrn Beigeordneten Merkator wird der Antrag vom Stadtrat einstimmig verabschiedet.

Punkt 39 **Möglichkeiten für Flüchtlinge und Asylbewerber am Arbeitsmarkt prüfen (CDU)**
Vorlage: 1343/2014/1

Nach der Begründung des Antrages der CDU wird von Frau Canpolat, Herrn Viering und Frau Willius-Senzer erklärt, dass dem Antrag zugestimmt werde.

Nach kurzer Stellungnahme von Herrn Beigeordneten Merkator wird der Antrag einstimmig verabschiedet.

Punkt 40 **Fortführung der Schulsozialarbeit an Mainzer Grundschulen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 1344/2014/1

Punkt 40.1 **Änderungsantrag zum Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Fortführung der Schulsozialarbeit an Mainzer Grundschulen“ (CDU)**
Vorlage: 1344/2014/2

Der gemeinsame Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird von Frau Westrich, Frau Jaensch und Frau Willius-Senzer begründet. Herr Solbach begründet den CDU-Änderungsantrag und beantragt getrennte Abstimmung der beiden Abschnitte unter der Ziffer 2 des Hauptantrages. Nach weiteren Stellungnahmen von Frau Zimmer und Herrn Schönig sowie Herrn Beigeordneten Merkator beschließt der Stadtrat:

Zunächst wird der Änderungsantrag der CDU mit den Stimmen der CDU gegen die übrigen Ratsmitglieder abgelehnt.

Punkt 1 des Hauptantrages wird einstimmig beschlossen.

Der erste Absatz des Punktes 2 wird ebenfalls einstimmig beschlossen.

Der zweite Absatz des Punktes 2 wird mehrheitlich beschlossen.

Punkt 72 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 41 Sachstandsberichte zu den Anträgen

Punkt 41.1 Sachstandsbericht zu Antrag 1441/2012 (FDP), Stadtrat hier: "Essbare Stadt" Mainz Vorlage: 0924/2014

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und erklärt den Antrag einstimmig für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.09.2014.

Punkt 42 Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Mainz Vorlage: 1119/2014

Punkt 42.1 Gemeinsamer Änderungs- und Ergänzungsantrag zur Verwaltungsvorlage „Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Mainz“ (1119/2014) (CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, ÖDP) Vorlage: 1366/2014

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit die Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Mainz in der Fassung des gemeinsamen Änderungs- und Ergänzungsantrages von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und ÖDP.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.09.2014 sowie der Änderungs- und Ergänzungsantrag Nr. 1366/2014.

Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruhte gemäß § 22 GemO bezüglich der Besoldung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten.

Punkt 43 **Kommunale Datenzentrale Mainz (KDZ Mainz)**
hier: Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013
Vorlage: 1071/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig zu folgenden Punkten:

1. Der Jahresabschluss der KDZ Mainz für das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 430.037,25 € und einer Bilanzsumme i. H. v. 14.155.192,41 € wird festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 430.037,25 € wird in der Höhe von 150.000,00 €, die nicht aus den Betrieben gewerblicher Art stammen, dem Haushalt der Stadt Mainz zugeführt und der Restbetrag in der Höhe von 330.037,25 € wird in die allgemeine Rücklage der KDZ Mainz eingestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.08.2014.

Punkt 44 **Neuaufstellung des Regionalplanes Rheinhessen-Nahe**
hier: Stellungnahme der Stadt Mainz
Vorlage: 1215/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Stellungnahme der Stadt Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Punkt 45 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
hier: Eigenwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 1012/2014

Einstimmig beschließt der Stadtrat:

Die vorgelegte Liste für 2014 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Spenden-/ Sponsoringanträge 0071/2014, 0074/2014 und 0075/2014 aus 2014 wird zugestimmt.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Punkt 47 **Kommunaler Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)**
hier: Abschluss des 1. Änderungsvertrags zum Konsolidierungsvertrag
Vorlage: 1168/2014

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (drei Gegenstimmen, Enthaltungen der Mitglieder der CDU-Fraktion) die um die Konsolidierungsmaßnahme „Erhöhung der Bürgerschaftsprämien“ erweiterte Liste der Konsolidierungsmaßnahmen und ermächtigt den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz den erarbeiteten 1. Änderungsvertrag zum KEF-RP mit Wirkung vom 01.01.2012 zu unterzeichnen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Punkt 48 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 48.1 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: Jahresabschluss der Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt
Mainz mbH für das Geschäftsjahr 2013
Vorlage: 0892/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH für das Jahr 2013 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 135.954.015,06 € und einem Jahresüberschuss i. H. v. 358.640,29 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresüberschuss 2013 i. H. v. 358.640,29 € zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr i. H. v. 4.283.045,32 € auf neue Rechnung vorzutragen,
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013,
4. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013,
5. den Prüfbericht der Dr. Dornbach Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Die Ratsmitglieder Hannsgeorg Schöning, Thomas Neger, Dr. Lars Kützing, Dr. Brian Huck und Milan Sell nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.2 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
Jahresabschluss der mainzplus CITYMARKETING GmbH für das Geschäftsjahr
2013
Vorlage: 0902/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei einer Enthaltung –:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der mainzplus CITYMARKETING GmbH für das Geschäftsjahr 2013 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 3.525.294,21 € und einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 2.295.977,77 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresfehlbetrag für das Jahr 2013 i. H. v. 2.295.977,77 € durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage auszugleichen,
3. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013,
4. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013,
5. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Die Ratsmitglieder Katharina Binz, Sylvia Köbler-Gross, Martina Kracht und Klaus Hafner nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.3 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: Jahresabschluss der Zentralen Beteiligungsgesellschaften der Stadt
Mainz mbH (ZBM) zum 31.12.2013
Vorlage: 1084/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig (drei Enthaltungen) über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH für das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.510.965,17 EUR;
2. die Entlastung der Geschäftsführer Günter Beck, Hanns-Detlev Höhne und Christopher Sitte für das Geschäftsjahr 2013;
3. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013;
4. den Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung, 2.500.000,00 EUR auszuschütten und den Restbetrag in Höhe von 10.965,17 EUR sowie den Gewinnvortrag in Höhe von 2.094.085,56 EUR, d. h. insgesamt 2.105.050,73 EUR auf neue Rechnung vorzutragen;
5. den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Die Ratsmitglieder Dr. Gerd Eckhardt, Ursula Groden-Kranich, MdB, Ansgar Helm-Becker, Daniel Köbler, MdL, Dr. Eckart Lensch, Kurt Mehler, Wolfgang Reichel, MdL, Hannsgeorg Schöning und Cornelia Willius-Senzer nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.4 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
Jahresabschluss der SPAZ Mainzer Gesellschaft für berufsbezogene Bildung
und Beschäftigung gGmbH für das Geschäftsjahr 2013
Vorlage: 0864/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei vier Enthaltungen –:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der SPAZ Mainzer Gesellschaft für berufsbezogene Bildung und Beschäftigung gGmbH für das Geschäftsjahr 2013 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 595.271,39 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.067.575,64 €,
2. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013,
3. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013,
4. den Prüfbericht der Dr. Dornbach Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Ratsmitglied Claudia Siebner nahm an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.5 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
Jahresabschluss der Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH für das
Geschäftsjahr 2013
Vorlage: 0898/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig (vier Enthaltungen):

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses der Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2013 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 7.828.178,12 € und einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 159.054,39 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresfehlbetrag für das Jahr 2013 i. H. v. 159.054,39 € durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage, nach deren vorherigen Dotierung, auszugleichen,
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013,
4. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Punkt 48.6 **Wirtschaftliche Beteiligungen; hier: Jahresabschluss der Stadtwerke Mainz AG (SWM AG) zum 31.12.2013**
Vorlage: 1158/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei vier Enthaltungen – über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Mainz AG (SWM) zum 31.12.2013 mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 10.300 TEUR, einem Gewinnvortrag aus dem Wirtschaftsjahr 2012 i. H. v. 7.500 TEUR, der Einstellung von 2.800 TEUR in die Gewinnrücklagen, unter Berücksichtigung einer Ausschüttung i. H. v. 7.500 TEUR für das Geschäftsjahr 2012 und einem sich daraus ergebenden Bilanzgewinn i. H. v. 7.500 TEUR,
2. der Bilanzgewinn i. H. v. 7.500 TEUR ist für eine Bruttodividende i. H. v. 7.500 TEUR für das Wirtschaftsjahr 2013 an die Aktionärinnen Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM) i. H. v. 7.115 TEUR und Stadt Mainz i. H. v. 385 TEUR vorzunehmen,
3. die Entlastung des Vorstands der SWM AG für das Geschäftsjahr 2013,
4. die Entlastung des Aufsichtsrats der SWM AG für das Geschäftsjahr 2013,
5. den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG über die Prüfung des Jahresabschlusses der SWM für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 23.09.2014.

Die Ratsmitglieder Hannsgeorg Schönig, Norbert Solbach, Dr. Lars Kützing, Harald Strutz und Ansgar Helm-Becker nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.7 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: Jahresabschluss der EGM Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH zum
31.12.2013
Vorlage: 1014/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig (vier Enthaltungen) über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der EGM Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH für das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.406.245,33 EUR bzw. einem Bilanzgewinn in Höhe von 35.248.665,27 EUR,
2. die Entlastung der Geschäftsführung der EGM für das Geschäftsjahr 2013,
3. die Entlastung des Verwaltungsrates der EGM für das Geschäftsjahr 2013,
4. den Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung, aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 35.248.665,27 EUR einen Betrag in Höhe von 2.203.122,67 EUR an die Gesellschafter auszuschütten und den Restbetrag in Höhe von 33.045.542,60 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
5. den Prüfungsbericht der KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Die Ratsmitglieder Harald Strutz, Martin Kinzelbach und Norbert Solbach nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.8 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
Jahresabschluss der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH für das Ge-
schäftsjahr 2013
Vorlage: 0953/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei neun Enthaltungen-:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH für das Geschäftsjahr 2013 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 2.096.299,20 €, einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 885.665,76 € und einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag i. H. v. 1.181.413,89 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, wonach der Verlustvortrag zum 31.12.2013 i. H. v. 796.748,13 € und der Jahresfehlbetrag zum 31.12.2013 i. H. v. 885.665,76 € durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage i. H. v. 475.000 € teilweise ausgeglichen werden und der verbleibende Betrag i. H. v. 1.207.413,89 € auf neue Rechnung vorzutragen ist,
3. die außerplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. 580.665,76 € im Haushalt der Stiftung Bürgerliche Hospizien,
4. die außerplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. 885.665,76 € im Haushalt der Stadt Mainz als Verlustausgleichszuweisung der Gesellschafterin Stadt Mainz an den Hospizienfonds,
5. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013,
6. die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013,
7. den Prüfbericht der Dr. Dornbach Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Die Ratsmitglieder Dr. Gerd Eckhardt, Prof. Dr. Michael Pietsch, Sylvia Köbler-Gross, Ruth Jansch, Marc-Antonin Bleicher, Cornelia Willius-Senzer und Kurt Mehler nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 48.9 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: Jahresabschluss der Wohnbau Mainz GmbH zum 31.12.2013
Vorlage: 0904/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig (fünf Enthaltungen) über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Wohnbau Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 243.997,18 EUR;
2. die Entlastung der Geschäftsführer Thomas Will und Franz Ringhoffer;
3. die Entlastung des Aufsichtsrates;
4. den Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung, den Jahresüberschuss der Wohnbau Mainz GmbH in Höhe von 243.997,18 EUR auf neue Rechnung vorzutragen;
5. den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Die Ratsmitglieder Dr. Peter Tress, Ursula Groden-Kranich, MdB und Martin Kinzelbach nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 76.1 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: Jahresabschluss der TechnologieZentrum Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2013
Vorlage: 0893/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei vier Enthaltungen –:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der TechnologieZentrum Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2013 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 4.357.257,55 € und einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 161.043,30 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, die Kapitalrücklage i. H. v. 46.142,53 € mit dem bestehenden Verlustvortrag aus dem Vorjahr i. H. v. 213.569,03 € zu verrechnen und den verbleibenden Verlustvortrag in Höhe von 167.426,50 € zusammen mit dem Jahresfehlbetrag 2013 i. H. v. 161.043,30 € auf neue Rechnung vorzutragen,
3. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013,
4. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013,
5. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rhein-Nahe Treuhand GmbH über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Punkt 76.2 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: Jahresabschluss der Rheingoldhalle GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr 2013
Vorlage: 1009/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig (vier Enthaltungen):

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Rheingoldhalle GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr 2013 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 11.212.741,16 € und einem Jahresüberschuss i. H. v. 103.374,83 €,
2. die Verrechnung des Jahresüberschuss 2013 in Höhe von 103.374,83 € mit den variablen Kapitalkonten der Kommanditisten (Verbindlichkeitskonten),
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013,
4. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Punkt 76.6 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: Jahresabschluss der PMG Parken in Mainz GmbH zum 31.12.2013
Vorlage: 0894/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig (fünf Enthaltungen) über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der PMG Parken in Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2013 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 42.940.723,83 € und einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 1.019.970,12 €,
2. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013,
3. die Entlastung des Beirats für das Geschäftsjahr 2013,
4. den Ergebnisverwendungsvorschlag des Beirates, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.019.970,12 € mit dem vorgetragenen Bilanzverlust zum 31.12.2012 in Höhe von 665.341,99 € zu verrechnen und einen Bilanzverlust i. H. v. 1.685.312,11 € vorzutragen,
5. den Prüfungsbericht der KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Die Ratsmitglieder Thomas Gerster, Ansgar Helm-Becker und Martin Kinzelbach nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 76.8 **Wirtschaftliche Beteiligungen;**
hier: Jahresabschluss der Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH für das
Geschäftsjahr 2013
Vorlage: 1007/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei vier Enthaltungen –:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Rheingoldhalle Verwaltungs-GmbH für das Geschäftsjahr 2013 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 47.694,59 € und einem Jahresüberschuss i. H. v. 3.142,69 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresüberschuss 2013 in Höhe von 3.142,69 € auf neue Rechnung vorzutragen,
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013,
4. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Punkt 49 **Kindertagesstätte Kinderwiese e. V.; Finanzierung nach dem Kindertagesstättengesetz Rheinland-Pfalz**
Vorlage: 0992/2014

Der Aufnahme der Kindertagesstätte Kinderwiese e.V. in den Kindertagesstättenbedarfsplan der Stadt Mainz als freier Träger und der Finanzierung der Personalkosten nach dem Kindertagesstättengesetz Rheinland-Pfalz (KitaG) ab 01.01.2015 wird ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.09.2014.

Punkt 50 **Städtische Zuschüsse an freie Träger von Kindertagesstätten**
Vorlage: 0993/2014

Die Erhöhung des städtischen Zuschusses zu den Bau- und Ausstattungskosten freier Träger von 40 % auf 60 % bleibt über den 30.09.2014 hinaus bis zum 30.09.2015 bestehen. Für nach der derzeit gültigen Richtlinie genehmigte, aber zum 30.09.2014 noch nicht abgeschlossene Maßnahmen gilt weiterhin der Zuschusssatz von 60 %.

Für Bauvorhaben, die bis zum 30.09.2015 beantragt und bis zum 31.12.2017 abgeschlossen werden, wird der erhöhte Zuschusssatz von 60 % gewährt. Für nach dieser Maßgabe neu geschaffene und belegte Plätze für Mainzer Kinder im Alter unter drei Jahren zahlt die Stadt Mainz weiterhin dauerhaft einen jährlichen Bonus in der am 05.12.2012 beschlossenen Höhe (siehe Punkt 2).

Entsprechend werden die im Anhang befindlichen „Richtlinien über die Gewährung von städt. Zuschüssen zu den Bau- und Ausstattungskosten von Kindertagesstätten im Jugendamtsbezirk Mainz“ beschlossen und treten am 01.10.2014 in Kraft. Die vom Stadtrat am 06.12.2012 beschlossenen „Richtlinien über die Gewährung von städt. Zuschüssen zu den Bau- und Ausstattungskosten von Kindertagesstätten im Jugendamtsbezirk Mainz“ treten damit außer Kraft.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 300.500 € für 2015 und in Höhe von 300.500 € für 2016 auf die Nachmeldeliste für den Doppelhaushalt 2015/2016 aufzunehmen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.09.2014.

Punkt 51 **Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für Fachraumausstattungen an Schulen im Jahr 2014**
Vorlage: 0985/2014

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, dass für die Modernisierung der Fachraumausstattungen an den staatlichen Mainzer Schulen für das Haushaltsjahr

2014 im Ergebnishaushalt 190.000 € nachbewilligt werden und im Finanzhaushalt Mittel in gleicher Höhe gesperrt werden.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 27.08.2014.

Punkt 52 **Fortführung der vertraglichen Regelungen für den Betrieb und die Organisation der Lenneberg Grund- und Realschule plus Budenheim/Mainz-Mombach**
Vorlage: 1109/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Fortführung der vertraglichen Regelungen für den Betrieb und die Organisation der Lenneberg Grund- und Realschule plus Budenheim/Mainz-Mombach.

Der Stadtrat beschließt, die zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von jeweils 6.500 € für die Haushaltsjahre 2015 bis 2018 auf die Nachmeldeliste für den Doppelhaushalt 2015/2016 aufzunehmen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.09.2014.

Punkt 53 **Neuausrichtung der städtischen Mietwohnraumförderung für Familien mit mindestens 3 Kindern**
Vorlage: 1122/2014

Der Richtlinie zur Gewährung sozialer Bau- und Mietzuschüsse durch die Stadt Mainz wird einstimmig zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 27.09.2014.

Punkt 54 **Abschlussprüfung für das Wirtschaftsjahr 2013**
des Wirtschaftsbetriebs Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: 1031/2014

Der Stadtrat stimmt dem Jahresabschluss 2013 des Wirtschaftsbetriebes Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts, einstimmig – bei drei Enthaltungen – zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Punkt 55 **Wirtschaftsplan 2015**
des Wirtschaftsbetriebs Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: 1042/2014

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2015 des Wirtschaftsbetriebes Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts, einstimmig zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Punkt 56 **Bestellung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses**
2014 des Wirtschaftsbetriebes Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: 0876/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig (1 Enthaltung) die Bestellung der DORNBACH GmbH, Niederlassung Mainz, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Fort Malakoff, Rheinstraße 4N, 55116 Mainz, als sachverständigen Abschlussprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 (mit einer jährlichen Verlängerungsoption für 5 Jahre) des Wirtschaftsbetriebes Mainz, Anstalt des öffentlichen Rechts.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.09.2014.

Punkt 57 **Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz**
hier: Prüfbericht über den Jahresabschluss 2013 und Beschlussfassung über
die Behandlung des Jahresergebnisses
Vorlage: 0991/2014

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschließt der Stadtrat:

Der Jahresgewinn von 1.409.538,15 € wird festgestellt und nach Abzug der nach § 8 Absatz 3 KAG zu erwirtschafteten Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 531.223,77 € auf neue Rechnung vorgetragen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.09.2014.

Punkt 58 **Entwurf des Lärmaktionsplanes für die Stadt Mainz**
hier: Lärminderungsplanung gemäß § 47 a - f Bundesimmissionsschutzgesetz
Vorlage: 0986/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Beteiligung der Öffentlichkeit auf der Grundlage des Entwurfes durchzuführen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.09.2014.

- Punkt 59** **Bebauungsplanverfahren "B 163" (Aufstellung, Planstufe I)**
Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Gutsschänke Weyer -
VEP (B 163)"
hier: - Entscheidung über die Einleitung gemäß § 12 Abs. 2 BauGB und
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
- Vorlage in Planstufe I
- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem.
§ 3 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 0420/2014
- Punkt 59.1** **Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 0420/2014 zur Stadtratssitzung am**
01.10.2014 „Gutsschänke Weyer – VEP (B 163)“ (ÖDP)
Vorlage: 1382/2014

Zunächst begründet Herr Dr. Moseler kurz den eingebrachten Antrag seiner Fraktion. Nach Stellungnahmen von Herrn Dr. Huck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herrn Dr. Eckhardt (CDU), der für die Abstimmung der Verwaltungsvorlage namentliche Abstimmung beantragt, stellt Herr Dr. Moseler die Vertagung der Entscheidung für beide Punkte.

Der Stadtrat fasst sodann nachfolgende Beschlüsse:

- ➔ Der Antrag auf Vertagung wird mit 3 : 55 : 1 abgelehnt.
- ➔ Der Änderungsantrag der ÖDP wird mit 6 : 52 : 1 abgelehnt.
- ➔ Der Stadtrat lehnt sodann in namentlicher Abstimmung mit 26 : 29 : 4 Stimmen zum o. g. Bebauungsplanverfahren ab:
 1. die Einleitung des VEP auf der Grundlage der vom Investor erstellten Planungen gemäß § 12 Abs. 2 BauGB und den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
 2. die Vorlage in Planstufe I
 3. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassungen sind die Verwaltungsvorlage vom 21.03.2014 sowie der Änderungsantrag Nr. 1382/2014 der ÖDP-Stadtratsfraktion.

Die Dokumentation über die namentliche Abstimmung ist als Anlage beigelegt.

Punkt 60 **FNP-Änderung Nr. 47 und Bebauungsplanverfahren "He 129" (Planstufe I)**

a) Änderung Nr. 47 des Flächennutzungsplanes der Stadt Mainz im Bereich des Bebauungsplanes "Gutsschänke Die Karthauserie - VEP (He 129)"

- hier:** - **Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB**
- **Vorlage in Planstufe I**
- **Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1**

b) Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Gutsschänke Die Karthauserie - VEP (He 129)"

- hier:** - **Entscheidung über die Einleitung gemäß § 12 Abs. 2 BauGB und Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**
- **Vorlage in Planstufe I**
- **Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**

Vorlage: 0761/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig zum o. g. Bebauungsplanverfahren:

- Zu a) - den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB,
- die Vorlage in Planstufe I,
- die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren,
- Zu b) - die Einleitung des VEP auf der Grundlage der vom Investor erstellten Planungen gemäß § 12 Abs. 2 BauGB und den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
- die Vorlage in Planstufe I,
- die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.04.2014.

Punkt 61 **Bauleitplanverfahren "Postareal westlich Hauptbahnhof (H 93)", Satzungsbeschluss**

Bebauungsplanentwurf "Postareal westlich Hauptbahnhof (H 93)"

- hier:** - **Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**
- **Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**

Vorlage: 1021/2014

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zu o. g. Bebauungsplan

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,

2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.09.2014.

Punkt 62 **FNP-Änderung Nr. 38 und Bebauungsplanverfahren "Le 2" (erneute Planstufe II)**

a) Änderung Nr. 38 des Flächennutzungsplanes der Stadt Mainz im Bereich des Bebauungsplanes "Nino-Erné-Straße (Le 2)
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

b) Bebauungsplanentwurf "Nino-Erné-Straße (Le 2)"
hier: - erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
- Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- erneute Vorlage in Planstufe II
- erneute, eingeschränkte Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
i. V. m. § 4 a Abs. 3 BauGB

Vorlage: 1032/2014/1

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit (vier Gegenstimmen) zu den o.g. Bauleitplanentwürfen:

- zu a) - die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen aus der erneuten Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,

- zu b) - den erneuten Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
 - die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen aus der erneuten Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
 - die erneute Vorlage in Planstufe II,
 - die erneute eingeschränkte Durchführung der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4 a Abs. 3 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.09.2014.

- Punkt 63** **FNP- Änderung Nr. 32 (Beschluss) und Bebauungsplan "He 117" (Satzungsbeschluss)**
a) Änderung Nr. 32 des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes "Am Weidezehnten (He 117)"
hier: - **Beschluss der FNP-Änderung gemäß § 1 Abs. 3 BauGB i. V. m. § 32 GemO**
 - **Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**
 - **Vorlage der Zusammenfassenden Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB**
b) Bebauungsplanverfahren "Am Weidezehnten (He 117)"
hier: - **Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**
 - **Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**
 - **Vorlage der Zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB**
Vorlage: 1029/2014

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich – bei sechs Gegenstimmen –

- zu a) - die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
 - die Flächennutzungsplanänderung Nr. 32 mit Begründung gemäß § 1 Abs. 3 BauGB i. V. m § 32 GemO,
 - die Zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB,
- zu b) - die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen aus der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
 - den unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange und in Kenntnis des städtebaulichen Vertrages den o.g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB,
 - die Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.09.2014.

- Punkt 64** **Rahmenplan "Heiligkreuz-Areal"**
a) Rahmenplan Heiligkreuz-Areal
hier: - Beschlussfassung
b) Vereinbarung zwischen den Grundstückseigentümern im Heiligkreuz-Areal
und der Stadt Mainz über die Entwicklung des Stadtquartiers "Heiligkreuz-
Areal"
hier: Kenntnisnahme
Vorlage: 1025/2014
- Punkt 64.1** **Begleit- bzw. Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage 1025/2014 "Rahmen-**
plan Heiligkreuz-Areal" (CDU)
Vorlage: 1383/2014

Herr Dr. Eckhardt erläutert zum eingereichten Antrag, dass dieser bei den weiteren Beratungen berücksichtigt sowie möglichst integriert werden soll.

zu a)

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei drei Enthaltungen – den Rahmenplan "Heiligkreuz-Areal" und nimmt die vorgeschlagene Verfahrensweise zum städtebaulichen Wettbewerb zur Kenntnis.

zu b)

Der Stadtrat nimmt die Vereinbarung zwischen den Grundstückseigentümern im Heiligkreuz-Areal und der Stadt Mainz über die Entwicklung des Stadtquartiers "Heiligkreuz-Areal" zur Kenntnis.

Der eingereichte Antrag Nr. 1383/2014 soll als Begleitantrag in die weiteren Beratungen integriert werden.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.09.2014 sowie der Begleit- bzw. Ergänzungsantrag Nr. 1383/2014 der CDU.

- Punkt 65** **Veränderungssperre "O 63-VS/I" - Erste Verlängerung**
Erste Verlängerung der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungs-
planentwurfes "Martin-Luther-Straße (O 63)"; Satzung "O 63-VS/I"
hier: Beschluss gem. §§ 16 und 17 i. V. m. § 14 BauGB
Vorlage: 1022/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig gemäß §§ 16 und 17 i. V. m. § 14 BauGB für den Bereich des Bebauungsplanentwurfes " Martin-Luther-Straße (O 63)" die erste Verlängerung der Veränderungssperre als Satzung "O 63-VS/I".

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.09.2014.

Punkt 66 **Bebauungsplanverfahren "O 68" (Aufstellungsbeschluss)**
Bebauungsplanverfahren "Weidmannstraße (O 68)"
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 1093/2014

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen in Kenntnis der Vorlage zu dem o. g. Bauleitplanentwurf den Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.09.2014.

Punkt 67 **Bauleitplanverfahren "F 91" (Planstufe II)**
a) Änderung Nr. 46 des Flächennutzungsplanes der Stadt Mainz im Bereich
des Bebauungsplanentwurfes " Nahversorgung Sertoriusring (F 91)"
hier: - erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m.
§ 1 Abs. 8 BauGB
- Vorlage in Planstufe II
- Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
b) Bebauungsplanverfahren "Nahversorgung Sertoriusring (F 91)"
hier: - erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m.
§ 1 Abs. 8 BauGB
- Vorlage in Planstufe II
- Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 1028/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig zu den beiden o. g. Bauleitplanverfahren

1. den erneuten Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB,
2. die Vorlage in Planstufe II,
3. die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.09.2014.

Punkt 68 **Wegebenennung in Mainz-Bretzenheim "Elise-Haas-Weg"**
Antrag Nr. 0639/2014 der Ortsbeiratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 0976/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dem bisher namenlosen Weg hinter dem Wohngebiet vom Kastanienweg bis Zedernweg, Höhe Haltestelle Gutenberg-Center Süd den Namen

„Elise-Haas-Weg“

zu geben.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.09.2014.

Punkt 69 **Kunst im öffentlichen Raum**
hier: Schenkung eines neuen Kunstwerks für die Rheinufergalerie
Vorlage: 1057/2014

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Schenkung anzunehmen und das Kunstwerk wie geplant in der Rheinufergalerie aufzustellen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 02.09.2014.

Punkt 70 **Gebäudewirtschaft Mainz**
hier: Prüfbericht für den Jahresabschluss 2013 und Beschlussfassung über
die Behandlung des Jahresergebnisses
Vorlage: 1053/2014

Einstimmig – bei einer Enthaltung – beschließt der Stadtrat:

Auf Vorschlag des Werkausschusses nimmt der Stadtrat den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der GWM zum 31. Dezember 2013 zur Kenntnis. Der Stadtrat stellt den geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 fest.

Auf Vorschlag der Werkleitung wird der Jahresgewinn 2013 in Höhe von 6.036.877,22 € der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.09.2014.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 71 **Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien**

Punkt 71.1 **Gremienbesetzungen**
hier: Ausschüsse und sonstige Gremien
Vorlage: 0004/2014

Der Stadtrat beschließt bzw. bestätigt einstimmig die nachfolgenden Ergänzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien:

1. Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen
(102507/27)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Blume

StRM Ansgar Helm-Becker

in das o.g. Gremium gewählt.

Caroline Blume

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

2. Ausschuss für Frauenfragen

(10 25 07 / 55)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolgerin von Frau Blume

Nicole Gotthard-Brauer

in das o.g. Gremium gewählt.

Caroline Blume

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

3. Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie

(10 25 07 / 176)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Herrn Heitzmann

David Nierhoff

in das o.g. Gremium gewählt.

Christian Heitzmann

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

4. Unterausschuss Flughafenerweiterung und Fluglärmschutz des AUGÉ

(10 25 07 / 22-1)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Herrn Heitzmann

Dr. Rupert Röder

in das o.g. Gremium gewählt.

Christian Heitzmann

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

5. Bau- und Sanierungsausschuss

(10 25 07 / 175)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Herrn Heitzmann

Martin Schykowski

in das o.g. Gremium gewählt.

Christian Heitzmann

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

6. Kulturausschuss

(10 25 07 / 42)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolgerin von Frau Blume

Nicole Gotthard-Brauer

in das o.g. Gremium gewählt.

Caroline Blume

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

7. Rechnungsprüfungsausschuss

(10 25 07 / 82)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Blume

StRM Dr. Brian Huck

in das o.g. Gremium gewählt.

Caroline Blume

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

8. Schulträgersausschuss

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von

Herrn Heitzmann

Gunther Heinisch, MdL

in das o.g. Gremium gewählt.

Christian Heitzmann

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

9. Sportausschuss

(10 25 07 / 92)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Blume

StRM Christian Viering

in das o.g. Gremium gewählt.

Caroline Blume

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

10. Verkehrsausschuss

(10 25 07 / 179)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Herrn Heitzmann

StRM Milan Sell

in das o.g. Gremium gewählt.

Christian Heitzmann

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

11. Werkausschuss Entsorgungsbetrieb

(10 25 07 / 159)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Herrn Heitzmann

Matthias Gill

in das o.g. Gremium gewählt.

Christian Heitzmann

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

12. Werkausschuss Gebäudewirtschaft Mainz (GWM)

(10 25 07 / 156)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolgerin von Herrn Heitzmann

StRM Antje Küssner

in das o.g. Gremium gewählt.

Christian Heitzmann

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag des Personalrates werden gemäß § 90 LPersVG in das o. g. Gremium gewählt:

als Mitglieder

Michael Steinmetz

Jörg Neubert

Frank Werum

Kurt Geilersdörfer

Inge Gasteier

und als persönliche Stellvertretungen

Hans Jürgen Sauer

Yvette Schrank

Horst Ammann

Achim Rösen

Uwe Höhn

13. Werkausschuss Kommunale Datenzentrale (KDZ)

(10 25 07 / 53)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Herrn Heitzmann

StRM Thorsten Lange

in das o.g. Gremium gewählt.

Christian Heitzmann

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag des Personalrates werden gemäß § 90 LPersVG in das o. g. Gremium gewählt:

als Mitglieder

Thomas Eberhardt
Claus Mornhinweg
Renate Schell
Michael Köhler
Thomas Maier

und als persönliche Stellvertretungen

Thorsten Kriesche
Manuela Pittalis
Bettina Benner-Brand
Marco Lehmann
Steffen Eiser

14. Wirtschaftsausschuss

(10 25 07 / 46)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Frau Blume

StRM Thorsten Lange

in das o.g. Gremium gewählt.

Caroline Blume

wird als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

Diese Besetzung gilt auch für den Verwaltungsrat AGEM.

15. Besuchskommission des Psychiatriebeirates

(10 25 07 / 153-1)

Auf Vorschlag des Dezernates IV wird als Nachfolger von Frau Meyer

Sebastian Keiper

zum 01.01.2015 in das o.g. Gremium gewählt.

16. Haupt- und Personalausschuss

(10 25 07 / 30)

Auf Vorschlag der AfD/FW-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von

Herrn Prof. von Stuhr

StRM Claus Berndroth

in das o.g. Gremium gewählt.

17. Werkausschuss Entsorgungsbetrieb

(10 25 07 / 159)

Auf Vorschlag des Personalrates werden gemäß § 90 LPersVG in das o. g. Gremium gewählt:

als Mitglieder

**Wilhelm Schiffer
Raimund Neumann
Markus Conradi
Rainer Behrendt
Roswitha Eisinger**

und als persönliche Stellvertretungen

**Walter Kost
Dirk Reinhardt
Georg Müller
Jürgen Lunkenheimer
Fiona Roser**

18. Psychiatriebeirat

(10 25 07 / 153)

Auf Vorschlag des Dezernates IV werden

Dr. Wolfgang Rossbach (Mitglied),
Dr. Anna Vieth (Stellvertretung) und
Gabriele Menger-Moghimi (Mitglied)

in das o.g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der ÖDP-Stadtratsfraktion werden

Heidi Hauer

als Mitglied und

Josef Deibele

als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

19. Klimaschutzbeirat

(10 25 07 / 154)

Auf Vorschlag des Dezernates V werden

Marco Neef (Mitglied)
Susanne Schmid (Stellvertretung)
Prof. Dr. Volrad Wollny (Mitglied)
Prof. Thomas Giel (Stellvertretung)
Lothar Kretschmer (Stellvertretung)
Prof. Dr. Thorsten Hoffmann (Mitglied)
Helmut Spoo (Mitglied)
Martina Schnitzler (Stellvertretung)
Jan Jahns (Mitglied)
Thomas Pensel (Stellvertretung)
Martin Graw (Stellvertretung)
Dr. Sabine Gresch (Mitglied)

in das o.g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion werden als Stellvertretung

alle Stadtratsmitglieder

in das o. g. Gremium gewählt.

20. Mainzer Seniorenbeirat

(10 25 07 / 137)

Auf Vorschlag der Mainzer Altenheime gGmbH wird

Gaby Reichardt

in das o.g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird

Ingrid Schappert

als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

21. Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen

(10 25 07 / 146)

Auf Vorschlag der Liga der freien Wohlfahrtsverbände wird

Stefan Lorbeer

als Stellvertretung in das o.g. Gremium gewählt.

22. Schulträgersausschuss

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der

a) Vertretung der Lehrerschaft der IGSn wird

Roland Wollowski

b) Vertretung der Elternschaft der IGSn werden

Daniela Beury als Mitglied sowie
Petra Pulst als Stellvertretung

c) Arbeitgeber wird

Wolfgang Kämmerer als Stellvertretung

d) Vertretung der Lehrerschaft der Förderschulen werden

Malte Daum als Mitglied sowie
Susanne Kaupp-Beck als Stellvertretung

e) Vertretung der Elternschaft der Förderschulen wird

Ingrid Braun als Mitglied

f) Vertretung der Elternschaft der Gymnasien werden

Dr. Harro Walger als Mitglied sowie
Jörg Backofen als Stellvertretung

in das o.g. Gremium gewählt.

23. AG Kindertagesstätten des JHA

(10 25 07 / 33-21)

Auf Vorschlag der Verwaltung, den Verbänden und Organisationen werden nachfolgende Mitglieder bzw. Stellvertretungen bestätigt:

a) Oberbürgermeister/Vertretung

Bg. Kurt Merkator als Mitglied sowie
Bg. Christopher Sitte als Stellvertretung

b) CDU-Stadtratsfraktion

StRM Claudia Siebner,
StRM Anette Odenweller und
Felix Leidecker als Mitglieder sowie
alle StRM als Stellvertretung

c) SPD-Stadtratsfraktion

StRM Sissi Westrich als Mitglied sowie
StRM Nora Egler als Stellvertretung

StRM Nurhayat Canpolat als Mitglied sowie
StRM Amin Kondakji als Stellvertretung

Myriam Lauzi als Mitglied sowie
StRM Johannes Klomann als Stellvertretung

d) Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

StRM Christian Viering und
StRM Sabine Littig als Mitglieder sowie
alle StRM als Stellvertretung

e) FDP-Stadtratsfraktion

Kerstin Bub als Mitglied sowie
Cornelia Goldenbaum als Stellvertretung

f) Stadtratsfraktion DIE LINKE.

Christoph Freundlieb als Mitglied sowie
Bernd Oliver Sünderhauf als Stellvertretung

g) AfD/FW-Stadtratsfraktion

NN als Mitglied sowie
NN als Stellvertretung

h) DPWV

Marlies Märlander als Mitglied sowie
Manuela Speth als Stellvertretung

i) DRK-Kreisverband

Ulla Schade als Mitglied sowie
NN als Stellvertretung

j) Diakonisches Werk

Pfarrer Hendrik Maskus als Mitglied sowie
Pfarrer Dr. Jens Martin Sautter als Stellvertretung

k) Stadtjugendring

Judith Eberhardt als Mitglied sowie
Gülsüm Günay als Stellvertretung

l) Stadtelternausschuss

Kathrin Künstler,
Andreas Winheller,
Bettina Veit-Woschnitza,
Samy El Hagrasy als Mitglieder sowie
Undine Hoffmann als Stellvertretung

m) 51-Amt für Jugend und Familie

Werner Acker als Mitglied sowie
Thomas Hauf als Stellvertretung

Thomas Hauf als Mitglied sowie
Gabi Fleck als Stellvertretung

n) Behindertenbeauftragte der Stadt Mainz

Marita Boos-Waidosch als Mitglied

o) Caritas

Barbara Thum-Gerth als Mitglied

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 01.10.2014.

